

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: Im Monat Oktober 1930 600 Mk. und Nachzahlung. Ein einzelnes Exemplar 5 Mk. 10. | Anzeigerpreis: Die stehende Zeile über dem roten Grundstreifen Mk. 45. Grundstreifen ohne Rahmen Mk. 150. Die Grundstreifen sind mit der Schriftgröße 12 bis 14 Linien zu maßstabgerechten Zeilenabständen.

Nr. 249.

Ultensteig, Mittwoch den 24. Oktober.

Jahrgang 1938

Wehret dem Chaos!

Am Rhein und an der Ruhr Ausschaltung der deutschen Staatshoheit, im übrigen Reich ein Chaos, und wirtschaftlicher Not und politischer Gegenüberstellung der einzelnen Länder — das war das Ziel der französischen Politik nach dem Ausgang des Krieges und ist es noch heute. In Versailles, bei den Friedensverhandlungen unter den Verbündeten, haben England und Amerika den ersten Anlauf zu diesem Ziel genommen, zugleich aber die Handwege freigegeben, auf denen er wieder versucht und vorwärtsgedrückt werden konnte; sie haben der völligen Entwaffnung Deutschlands zugestimmt, eine Besetzungsbauer zugelassen, die sie zuerst widerstreben und die durch Vorwände ausgedeutet und ausgedehnt worden konnte; sie haben unerfüllbare Entschädigungsforderungen in den sogenannten Vertrag gesetzt, aus deren Nichterfüllung ein unversöhnlicher Siegerwille weitere Bedrückung ableiten konnte, und sie haben schließlich den offenen Vertragsbruch, den Frankreich beging, wohl mit Worten festgesetzt, aber nichts zu seiner Abwehr unternommen. Frankreich konnte zielbewusst die ursprüngliche Richtung seiner Politik auf geraden und krummen Wegen weiterverfolgen. Deutschland aber war in der Abwehr so schwach, — teils tatsächlich infolge des unter dem Druck der Hungernot angenommenen Versailler Zwangsvertrags, teils aus Mangel an einheitlichem Nationalwillen —, daß heute Frankreich sich nicht vor dem Ziele sieht. So schreibt die „Köln. Zig.“

Mit aller Kraft der Seele, mit dem letzten Aufgebot aller guten Kräfte, die noch im deutschen Volk sich regen, mußte versucht werden, das Chaos abzuwenden. Auf einen außenpolitischen Erfolg ist dabei zurzeit nicht zu rechnen; nicht mit der Mäßigkeit der Schlangen, noch mit Taubensinnlichkeit wird es der deutschen Regierung gelingen, Frankreich verständigungswillig zu machen. Auch ausländische Hilfe wird nicht wirksam, weil das Eingreifen Englands sich auf dieselben Waffen des Einbruchs in Neben- und Zeitungsartikeln beschränkt, auf die das ohnmächtige Deutschland angewiesen ist. Vergebens haben die Industriellen des Ruhrgebietes sich als Vermittler zwischen den Regierungen bemüht; aus der Verantwortungslosigkeit heraus, die von ihnen die Erhaltung ihrer Betriebe und die Ernährung von Millionen Arbeitern fordert, haben sie in drücklichen Verhandlungen versucht, die Wirtschaftsmaschine wieder in Gang zu setzen. Wer nichts von dem, was Frankreich in Aussicht gestellt hatte, wenn nur die amtlichen Berordnungen über den passiven Widerstand zurückgenommen würden, hat es nachher zugestanden, und sogar als die Reichsregierung die Eisenbahnen unmittelbar anwies, die Arbeit für die Regie aufzunehmen, wurde dieses Uebermaß von Selbstverleugnung und gutem Willen mit fortgesetzten Ausweisungen und der Wegnahme aller erreichbaren Geldsummen für das Ruhrgebiet erwidert. Schritt für Schritt wird die deutsche Verwaltung aus dem besetzten Gebiet verdrängt, die Selbstverwaltung des Reichstums durch Entfernung der Wortführer und durch Verhinderung des Volkswillens geschwächt und den Sonderbündlern die Bahn freigemacht zu einem Vorgehen, wie es jetzt in Baden begonnen hat. Die deutsche Regierung soll gezwungen werden, die besetzten Gebiete der Fremdberrschaft zu überlassen.

Wenn dieser fürchterliche Druck von außen nicht das völlige Versinken des deutschen Volkes zur Folge haben soll, so muß einmal die Zuversicht sich als berechtigt erweisen, daß am Rhein wie an der Ruhr der Wille zur deutschen Schicksalsgemeinschaft das Übergewicht behält. Diese Zuversicht hegen wir unbedingt. Es muß aber weiter die Aussicht gegeben sein, daß im ganzen Reich der Wille zur nationalen Einheit den Sieg davonträgt über die revolutionäre und klassenkämpferische Einstellung, die ein Erbteil der sozialistischen Bewegung ist, an dem viele ihrer Führer heute selbst schwer tragen, während andere es erst recht hochhalten. Besonders in Mitteldeutschland sind berufene und unberufene Führer der Arbeiterschaft in die alte Ueberlieferung zurückgefallen, sie wollen in Sachsen und Thüringen wiederholen, was zuerst in Bayern mit der Räterepublik unternommen und damals in blutigen Kämpfen überwunden worden ist. Wie damals in Bayern das Reich mit seiner bewaffneten Macht eingreifen mußte, so sieht es sich jetzt derselben Aufgabe in Sachsen gegenüber. Bayern aber, aus dem sozialistisch-kommunistischen Unmut widerstanden, will der harte Vorführer sein gegen den Geist,

der den nationalen Willen, die staatliche Ordnung und die geistliche Würde gefährdet. Als nach der Einstellung des passiven Widerstands im Ruhrgebiet die Gegenstände der nationalpolitischen und der sozialistischen Verbände aufeinanderlagen wollten, hat die bayerische Landesregierung die Diktatur aufgerichtet und tatsächlich die Radikalen auf beiden Seiten im Zaume gehalten.

Davon muß man bei der Beurteilung des jetzt zwischen München und Berlin entstandenen Konflikts ausgehen, dessen äußeren Anlaß das Verhalten eines nationalpolitischen Blattes gegeben hat. Wenn es richtig ist, daß Herr v. Kahr den „Völkischen Beobachter“, von dem er selbst ebenfalls beschimpft worden war, von sich aus bereits verworfen hatte, als von Berlin der Befehl kam, nötigenfalls mit Waffengewalt das Erscheinen dieses Blattes zu verhindern, wenn Herr v. Kahr gegenüber dem General v. Lossow geltend gemacht hat, daß er durch den Vollzug dieses Befehls nicht nur sein mit der Verwarnung festgelegtes Wort verletzten, sondern auch die bis dahin aufrecht erhaltene Ordnung und Sicherheit gefährden würde, wenn ferner der Reichsanwalt Dr. Stresemann dem Führer der Bayerischen Volkspartei, um die von der Opposition gegen das Ermächtigungsgesetz abzuhalten, das Jugendschicksal gemacht hat, daß der General v. Lossow nicht gemahnt werden solle, dann muß doch gesagt werden, daß die Berliner Stellen einen großen Teil der Schuld für die unglückliche Wendung dieser Angelegenheit trifft. Bayern wird dadurch nicht von der Pflicht entlastet, den von ihm überbrachten Bogen wieder zu lockern und mit dem vollen Verantwortungsgewicht seiner unanfechtbaren deutschen Nationalregierung auf das Einvernehmen hinzuwirken, das Herr v. Kahr in einer seiner Kundgebungen antritt. Dieses Einvernehmen muß erzielt und alles muß, sowohl von den amtlichen Stellen wie von den Organen der öffentlichen Meinung, vermieden werden, was die erschreckend aufsteigende Flamme der Zwietracht nähren könnte.

Bayern und das Reich.

Kahr und der Aufruf der Reichsregierung.

München, 23. Okt. Der bayerische Generalstaatskommissar von Kahr empfing den Chefredakteur der T.L., der um Rat über Kahrs Stellung zu dem Aufruf der Reichsregierung gebeten hatte. Von Kahr erklärte u. a.: Die Reichsregierung sucht in ihrem Aufrufe die gegenwärtige Streitfrage zwischen der bayerischen und der Reichsregierung von dem rein politischen Gebiete, auf dem sie liegt, auf das rein militärische hinüberzuspielen. Das ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Wenn der Reichswehrminister meint, ein General habe einfach den Befehlen der Vorgesetzten zu gehorchen, und sich nicht von politischen Erwägungen leiten zu lassen, so darf er eben einem General keine politischen Aufgaben übertragen, wie er das tatsächlich getan hat. Die Reichsregierung ereifert sich über meine Äußerung, daß der vorliegende Streitfall letzten Endes zurückzuführen sei auf den Kampf zweier Weltanschauungen: der marxistischen und der nichtmarxistischen. Es unterliegt für mich und für sehr viele im Reich gar keinem Zweifel, daß die letzte Reichsregierung im Banne des Marxismus steht, dessen Verlangen schon lange darauf gerichtet ist, Bayern, die sogenannte Hochburg der Reaktion, an die marxistische Gestaltung in manchen Reichsteilen anzugliedern. Man höre nur die verschiedenen Kampfansagen der sozialistischen Führer und Zeitungen und frage sich andererseits, ob man der Reichsregierung die Kraft zutraut, künstlich landesverräterische Reden eines Reizner zu unterbinden. Die Episode Geßler-Seefeld-Lossow-Rahr ist nur ein Ausschnitt aus diesem marxistischen Programm, dem dieses Mal die militärische Disziplin als Deckmantel dienen muß. Es kann nicht bestritten werden, daß der Marxismus international also antinational, das ist undeutsch, eingestellt ist und daß auch in diesem Falle Bayern sein nationales Streben gegen den internationalen Marxismus verteidigt. Wenn die Reichsregierung das Vorgehen des bayerischen Generalstaatskommissars unerbötigt findet in einem Zeitpunkt, in dem sie daran gehen will, die Kräfte des ganzen deutschen Volkes gegen den französischen Vernichtungswillen zu sammeln, so ist sie reichlich spät an diese Aufgabe heranzutreten und viele sind überzeugt, daß dieser Reichsregierung die Sammlung des ganzen Volkes niemals gelingen wird. Für mich handelt es sich bei dem ganzen Konflikt nur um die große deutsche Sache, um den Kampf für das Wiedererwachen des Geistes derer, die unter der Ränne

schwarz-weiß-roter für Deutschlands Freiheit in den Tod gegangen sind.

General Krefz von Krefzenstein winkt ab.

München, 23. Okt. General Krefz von Krefzenstein hat seine Ernennung durch den Reichswehrminister zum Nachfolger des Generals von Lossow abgelehnt.

Ein Funkspruch Lossows.

Berlin, 23. Okt. General Lossow hat von der Funkstelle in Nürnberg aus folgenden Funkspruch an die Reichswehr in Berlin, Spandau, Stettin, Hannover, Breslau, Dresden und Frankfurt a. O. gerichtet: „Der Chef der Heeresleitung hat einen Aufbruch an das Reichsheer erlassen, der den Schritt der bayerischen Regierung als gegen die Verfassung gerichtet erklärt. Die bayerische Regierung denkt nicht daran, dem Reich die Treue zu brechen. Niemand übertritt uns Bayern an Reichstreue. Was wir wollen, ist, daß der bayerischen Regierung und dem bayerischen Generalstaatskommissar von der unter marxistischem Einfluß stehenden Berliner Regierung nichts aufzuzwingen werden soll, was Bayern, den Fort deutscher nationaler Bestimmung, unerschütterlich machen soll. Wir haben die selbstverständliche Pflicht, uns in diesem Konflikt hinter die bayerische Regierung und den bayerischen Generalstaatskommissar zu stellen, die mit uns das bedrängte Deutschland schützen wollen.“

Der Schutz der thüringischen Grenze.

Weimar, 23. Okt. Das thüringische Ministerium des Innern veröffentlicht einen Erlaß, in dem es u. a. heißt: Das Land Thüringen hat angesichts der gespannten politischen Lage in Bayern als angrenzender Staat an Bayern und Bräde zwischen Nord- und Süddeutschland besondere Aufgaben für die Sicherung des Reiches zu lösen. In Erfüllung dieser Aufgaben ist eine besondere polizeiliche Sicherung der thüringischen Grenze durchgeführt worden. Diese Maßnahme ist unverzüglich der zuständigen Reichsstelle mitgeteilt worden. Sie dient nur einer vorbeugenden Abwehr.

Aufruf des neuen Reichsernährungsministers an die Landwirtschaft.

Berlin, 23. Okt. Der neu ernannte Reichsernährungsminister Graf Ranitz veröffentlicht folgenden Aufruf an die Landwirtschaft:

An meine Berufsgenossen!

Zu schwerster Not des Vaterlands habe ich das Reichsernährungsministerium übernommen. Zum ersten Male ist ein praktischer Landwirt für dieses Amt angetreten. Ich bin aus meiner Partei ausgeschieden, weil sie im Kampf gegen die heutige Regierungskoalition steht. Ich habe jeder Parteipolitik vorläufig entsagt, weil ich der Ansicht bin, daß auf dem Wege der rein parteipolitischen Auseinandersetzung Deutschland nicht gerettet werden kann und weil ich vor allem glaube, daß außerordentliche Zeiten auch außerordentliche Entschlüsse und Opfer des Einzelnen erfordern. Deutschlands Not ist nicht zum wenigsten durch den erbitterten Parteikampf, im politischen Kampf aller gegen alle hervorgerufen. Nur wenn das Trennende zurückgestellt wird, wenn alle Hände zugreifen, wenn keiner abseits steht, ist Rettung möglich. Ich werde für mein Vaterland arbeiten und meine Aufgabe darin sehen, Nahrungsmittel für das hungernde Volk zu schaffen, damit es die kommenden schweren Krisen überleben kann. Daß ich als praktischer Landwirt mich zu keinerlei Maßnahmen verstehen werde, die die Produktion lähmen und die zur Vinderung der fürchtbaren Not förderliche intensive Schaffung von Nahrungsmitteln hindern könnte, ist selbstverständlich. Es geht nicht an, daß in größter Not des Vaterlandes wichtige Berufstätige infolge parteipolitischer Bindungen oder anderer Hemmnisse abseits stehen! Es geht nicht an, den Untergang des Vaterlandes lediglich zu probieren, ohne helfend beizuspringen! Das jahrelange Verharren wertvoller Teile des Volkes in negativer Opposition ist sehr bedenklich, denn aus dem infolge solchem Befestigen heute mit Sicherheit zu erwartenden wirtschaftlichen und politischen Chaos kann nur der Zerfall des Reiches, der endgültige Untergang Deutschlands, nicht aber die wirtschaftliche und nationale Erstarbung ersehen. Diese, die ich dringend erhoffe, wird nur kommen, wenn die Reichseinheit erhalten bleibt und kein Hungerchaos entsteht. Diese beiden hauptsächlichsten Ziele im Auge behaltend, werde ich an meine schwere und vorläufig schwerlich sehr undankbare Aufgabe gehen. Ohne persönliche Opfer ist dem Vaterlande in dieser schweren Stunde nicht geholfen und mein Vaterland ist mir auch heute noch, und gerade heute, jedes Opfer wert! — Schiff in Not! Alle Mann an Deck! Nur aus dieser

Einstellung heraus habe ich mich zur Übernahme des heute unpopulärsten Ministeriums entschlossen. Man über den zu erwartenden Erfolg geteilter Meinung sein, er wird jederzeit umso greifbarer sein, wenn er unterstützt wird durch die tätige Mitarbeit meiner Berufsgenossen, denen, wie ich weiß, das Vaterland über alles andere geht.

Verursagungen! Denkt an die furchtbare unbefriedigliche Not in den Städten! Denkt daran, daß täglich wertvolle deutsche Menschenleben buchstäblich verhungern! Denkt daran, daß ein neues glückliches Deutschland niemals aufzubauen ist, wenn die Städte sterben! Helft mir bei meiner unsagbar schweren Aufgabe, schnellstens Lebensmittel zu schaffen, eine Aufgabe, die, wenn überhaupt einigermassen, dann nur mit Eurer freiwilligen und verständnisvollen Mitarbeit zu lösen ist.

Zusammenbruch des Sonderbündlerputsches?

Die Vorgänge im Rheinland sind noch zu ungeklärt, die Meldungen zu widersprechend, als daß man mit dem völligen Zusammenbruch des Sonderbündlerputsches absolut sicher rechnen kann. Fest steht nur, daß die Sonderbündler in Aachen wieder vertrieben wurden und daß in anderen Städten der Putsch verfrachtet ist. Auch in Mainz und München-Gladbach sind die Sonderbündler abgeklungen. Daß es dabei ohne Gewalt und Schießereien nicht abging, war anzunehmen. Die Landesverräter hatten die Waffen von den Franzosen erhalten und der Befehl des französischen Delegierten in Bonn, daß auf Sonderbündler nicht geschossen werden dürfe, ist bezeichnend. Auch die Haltung der Pariser Presse, die fortlaufende Berichte über den Putsch bringt, aber doch Zweifel an dem vollen Erfolg hat. Die Franzosen haben redlich mitgeholfen, die Polizei vielfach entwaffnet, jedoch die Landesverräter freies Spiel hatten. Umso erquicklicher ist es, daß es den Deutschgesinnten gelungen ist, in Aachen die Putschisten zu vertreiben und die Stadt zu befreien. Bis zur Stunde liegen folgende Meldungen vor:

Befreiung von den Sonderbündlern.

Aachen, 23. Okt. Am Montag um 6 Uhr nachmittags begann die Gegenaktion gegen die Sonderbündler, an der sich hauptsächlich die Gewerkschaften beteiligten. Um 1 Uhr nachts waren sämtliche Gebäude der Stadt restlos von den Sonderbündlern geräumt, die von den erbitterten Gewerkschaften gehörige Prügel bezogen.

Auch aus München-Gladbach verjagt.

München, 23. Okt. Die Sonderbündlergruppe in München-Gladbach ist erledigt. Heute vormittag um 11 Uhr drang die erregte Menge, vor allem deutsch gesinnte Arbeiter, in das Rathaus ein und rief die grün-weiß-rote Fahne vom Rathaus herunter. Die Separatisten wurden vom Rathaus vertrieben und ein großer Teil von ihnen sogar schwer mißhandelt.

Neues vom Tage.

Magnahmen der Reichsregierung.

Berlin, 23. Okt. Zur Behebung der Schwierigkeiten, die infolge der Steigerung des Dollarkurses und der daraus hervorgegangenen Störung des Warenverkehrs sich ergeben haben, hat die Reichsregierung eine Anzahl „einschneidender“ Verordnungen erlassen. Neben diesen Verordnungen sucht die Reichsregierung die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel zu beschleunigen. Um die Zeitspanne bis zur Ausgabe der Rentenmark zu überbrücken, werden, wie bereits bekannt, Goldanleihestücke in großem Umfange hergestellt und in Kürze ausgegeben werden.

Bei der maßgebenden Bedeutung, die die Devisenkurse für die gesamte innere Preisbildung haben, sieht sich die Reichsregierung erneut zu Eingriffen in die Kursfeststellung gezwungen und hat deshalb die Vorschriften der Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschuldenanweisungen zum Einheitskurs mit Änderungen, die sich aus den Erfahrungen ergeben, die man bereits bei dem ersten Bestehen dieser Verordnung gewonnen hat, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes abermals erneut in Kraft gesetzt.

Ferner ist eine Verordnung über den Warenkauf erlassen worden, die die Inhaber von Geschäften, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs feilgeboten werden, für verpflichtet erklärt, ihre Verkaufsräume werktäglich zu den üblichen Stunden zur Abgabe von Waren offenzuhalten, sowie ihre Waren gegen Zahlung deutscher Reichsmark abzugeben. Auf die Juwelierhandlung gegen diese Vorschriften sind hohe Geld- und Freiheitsstrafen gesetzt. Außerdem kann die Verwaltungsbehörde die Schließung der Betriebe anordnen.

Zustimmung des Reichsrats zum Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 23. Okt. Der Reichsrat stimmte dem Arbeitszeitgesetz zu. Die Vertreter Sachsens und Thüringens gaben Erklärungen gegen die Vorlage ab und verlagten ihre Zustimmung. Auch der Oberpräsident Görsting-Ragdeburg und Bürgermeister Richter-Berlin stimmten gegen das Gesetz.

Neue Hungerunruhen.

Berlin, 23. Okt. Am Montag nachmittag kam es vor vielen Bäckereien und Lebensmittelgeschäften zu Ansammlungen, die aber nur in vereinzelten Fällen Plünderungen zur Folge hatten. Besonders starke Zusammenrottungen fanden vor der Markthalle in der Altstadt statt. Zwei junge Burtschen zerschritten mit Drahtscheren die Gitter an zwei Schlächterläden in der Halle, zerschmetterten die Schaufenster und raubten, was sie erreichen konnten. Infolge des entstehenden Lärmes mußte die Markthalle geräumt werden.

80 400 Eisenbahner melden sich zum Dienst.

Paris, 23. Okt. Nach einer Habermessung aus Koblenz haben sich bis jetzt insgesamt 80 400 Eisenbahner der französisch-belgischen Regie zur Verfügung gestellt.

Die Entfremdung zwischen Reich und Ländern.

Mannheim, 23. Okt. In einer gestern abend abgehaltenen sozialistischen Wahlkreis-Konferenz sprach auch der Minister des Innern Kemmerle, der ausführte, es sei eine Entfremdung zwischen dem Reich und den Ländern eingetreten. Die Not des deutschen Volkes lasse es kaum noch fragen nach der Einheit des Reiches. Die Länder sehen sich zu Dingen gezwungen, die nicht mehr hinausgeschoben werden könnten, sondern getan werden müßten. Mit der Herausgabe der badischen Goldmarksscheine habe Baden auch ein Stück Reichsrekursiv übernommen. Man könne nicht warten, bis die Rentenbank komme. Es müsse schnell gehandelt werden, denn in rasendem Tempo rolle das Rad der Entwicklung.

Unruhen in Hamburg.

Hamburg, 23. Okt. In dem Industrieort Lägerdorf bei Iseho kam es heute vormittag, wie der nordische Nachrichtenendienst meldet, zu Schießereien zwischen Kommunisten und den stationierten Landjägern, aus Anlaß einer Erwerbslosen-Demonstration. Ein Kommunist wurde getötet und zwei verwundet. Von den Landjägern wurde einer schwer verletzt. Gegen Mittag wurde mit Lastautos ein Trupp Reichswehr nach Iseho eingesetzt, um die Ruhe wieder herzustellen. Die Arbeit auf sämtlichen Ackergründen und Jernfabriken in Lägerdorf ruht. Zurzeit ist die Ruhe noch nicht wieder hergestellt.

Arbeiterentlassungen im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet, 23. Okt. Am Montag ist das, was seit einigen Tagen angekündigt wurde, Tatsache geworden. Die gesamte Industrie mit Ausnahme der Bergwerke hat ihre Arbeiter entlassen und dem größten Teil der Angeheften für den 1. November gekündigt. Allein in Gelsenkirchen kommen 18 000 Arbeiter in Betracht. Auf den Bergwerken des ganzen besetzten Gebietes, auch auf denen, die für Holland und Italien arbeiten, werden in dieser Woche zwei Fünftel entlassen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 24. Oktober 1923.

Zur gest. Beachtung! Infolge großen Stoffandrangs mußte die Erzählung nochmals verschoben werden.

Schonende Durchführung der Steuererfolge. Auf das dringende Ersuchen der Handelskammer Ventingen an den Herrn Staatspräsidenten wegen der lokalen Durchführung der Steuererfolge durch die Finanzämter ist vom Herrn Staatspräsidenten folgende Antwort eingelaufen:

„Wie Sie aus den Veröffentlichungen, die in den letzten Tagen in der württembergischen Presse erschienen sind, wohl sehen haben, ist die württembergische Regierung, die von Anfang an auf die schweren Bedenken gegen den Aufbau der neuen Reichsteuern hingewiesen hatte, beim Reichsfinanzministerium mit allem Nachdruck dafür eingetreten, daß wenigstens bei der Durchführung dieser Steuern die besonderen Verhältnisse des Handwerks und der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe besser berücksichtigt werden und daß insbesondere darauf Bedacht genommen werden müsse, daß die Betriebsmittel gespart und die Betriebe nicht durch die Steuern zum Erliegen gebracht werden.“

Es ist erfreulich, daß das Reichsfinanzministerium sich diesen Vorstellungen nicht länger verschlossen und in den letzten Tagen eine Anweisung über möglichst schonende Durchführung der neuen Steuern an die Finanzämter erlassen hat. Damit sind allerdings die Bedenken gegen den Aufbau der Steuern, insbesondere gegen den Grundsatz, daß die Steuern nach der veralteten und für Württemberg ungünstigen Beibräutigungsveranlagung zu bemessen sind, keineswegs beseitigt.

Die württembergische Staatsregierung wird nicht ruhen, bis auch hierin Wandel geschaffen wird.“

Sitzung der Handelskammer Calw am 16. Okt. 1923.

Aus Calw wird uns geschrieben: Aus der reichen Tagesordnung der Sitzung der Handelskammer greifen wir folgende die Allgemeinheit interessierenden Gegenstände heraus: Die Durchführung der zahllosen Gesetze und Verordnungen, die Zuweisung neuer großer Arbeitsgebiete an die Handelskammern hat es notwendig gemacht, einen Geschäftsführer im Hauptamt zu bestellen. Die endgültige Regelung der Anstellung bleibt einer weiteren Sitzung Ende des Jahres vorbehalten. Die Handelskammeranlagen müssen angefaßt werden. Die Durchführung der Maß gleichfalls in Goldmark erhöht werden; mit dem Einzug der Umlagen wird demnächst begonnen werden. — Die Besteuerung zusammen mit der rückständigen Art und Weise des Steuerinzugs haben dazu geführt, daß die Beschränkungen in der Arbeitszeit und die Einkünfte ganzer Betriebe sich gehäuft haben. Besonders die Rhein-Ruhr-Abgabe hat die Finanzen vieler Geschäfte erheblich geschwächt, insbesondere da die Erhebung zusammen mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang der letzten Monate. So ist es auch für viele Firmen geradezu unmöglich, die zweite Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe zu bezahlen. Zum allermindesten muß erreicht werden, daß derartige Steuern dem Steuerpflichtigen wertbeständig gestundet werden. Wenn auch beim Einzug der Gewerbesteuer durch die Vermählungen des Würt. Handelskammertags eine wesentliche Erleichterung in den Schonzeiten erreicht worden ist, muß auch heute noch gegen den unrecht hohen Multiplikator protestiert werden, wie gegen die planlose Art der

Vollaufwertung. Die Finanzbehörde scheint vergessen zu haben, daß der Ertrag des Gewerbes fast überall zurückgegangen ist und die Steuerbeträge oft in schreiendem Mißverhältnis stehen zum derzeitigen Ertrag des Gewerbes. Sehr deutliche Beschränkungen wurden auch gegen die Finanzämter erhoben, die völlig ungenügende Befähigungen für das wachsende Publikum zur Verfügung stellen. Es wird als ein Unrecht und als Mißhandlung empfunden, wenn der Steuerzahler teilweise im Korridor oder gar auf der Straße warten muß, bis er seine Steuer andringen darf. — Die Preisüberordnung im Kleinhandelsgewerbe wird allgemein als ein Mißgriff und als unbrauchbar bezeichnet. Der Zweck der Verordnung, daß der Käufer vor hohen Preisen geschützt werden soll, wird nicht erreicht; im Gegenteil muß die Warenabrechnung auf Grund der Verordnung, wie jeder Denker einsehen muß, preissteigernd wirken. Der Kaufmann braucht zur Durchführung der Aufzeichnung unendlich viel Zeit; der Käufer wird noch mehr als sonst zum Spekulant beim Wareneinkauf; das Ministerium soll daher um Aufhebung der Verordnung ersucht werden. — Die Handelskammer hält die ganze Devisenpolitik der letzten Zeit für verfehlt, ist aber bei der Durchführung an die strengen Vorschriften gebunden. So kann die Handelskammer grundsätzlich nur Devisenhandelsbescheinigungen an diejenigen handelsmäßig eingetragenen Firmen erteilen, die nachweisen, daß sie in den letzten 3 Monaten regelmäßig Waren entweder direkt aus dem Ausland oder in unverarbeitetem Zustand vom ersten Importeur gekauft haben. Eine dringliche Beschwörung, da die Gewerkschaftsbanken, die durch die Verfügung des Devisendiktators ihren Charakter als Devisenbanken verloren haben, weiterhin Devisengeschäfte betreiben dürfen, ist schon an das Reichsministerium abgegangen. — Die von der deutschen Handelskammer in der Schweiz empfohlene deutsche Darlehensgenossenschaft in der Schweiz in Zürich wird den Mitgliedern als zuverlässig empfohlen. — Die unerschöpflich hohen Eisenbahntaxen werden bald das ganze Wirtschaftsleben in Süddeutschland erdroffeln. Die Gütertaxen, die weit über Goldmarkpreise gehen, müßten unter allen Umständen durch Ausbildung der Staßelung nach der Entfernung auch für das an Wasserstraßen arme Württemberg tragbar gemacht werden. Infolge der hohen Frachten, besonders der Kohlen ist bald die württembergische Industrie nicht einmal mit der mitteldeutschen mehr konkurrenzfähig. — Auch der erst in den letzten Tagen eingeführte 5 Uhr-Schalterschlus bei den Postanstalten kann nicht widerspruchlos hingenommen werden. Es erscheint unbegründlich, daß die Post behaupten kann überlastet zu sein, da doch der gesamte Postverkehr über die Hälfte des Friedensverkehrs zurückgegangen ist. Wäre das geschulte Personal am Schalter, wie vor dem Krieg, so ließe sich ohne Zweifel auch heute noch der Verkehr so bewältigen, wie es im Interesse des Publikums gelegen ist. Der 5 Uhr-Schalterschlus bedeutet jedenfalls wieder eine neue Belastung für Handel und Verkehr, doppelt besorgniserregend bei der allmählich ins Angehörige sich steigenden Höhe der Tarife. Ein scharfer Protest beim Reichspostminister soll dagegen erhoben werden.

— Erhöhung der Fahrpreise bei den Personenposten. Vom 23. Oktober an werden die Fahrpreise bei den Kreisposten auf 30 Millionen, bei den Pferdeposten auf 25 Millionen M. je für das Tarifometer erhöht. — Weitere Erhöhung der Spielkartensteuer. Die Spielkartensteuer wird vom 23. Okt. ab auf 508 Millionen M. je Spiel erhöht. — Steueranforderung auf 25. Oktober. Nach den Durchführungsbestimmungen zur Aufwertungsverordnung ist bestimmt: Bis zum 25. Oktober 1923 und für die Erbschaftsteuer bei Erwerben und Zweckvermögen von Todes wegen bis zum 1. Dezember 1923 können Schulden, die nach den Vorschriften der Aufwertungsverordnung aufzuwerten sind, noch durch Leistung des ursprünglichen Papiermarkbetrages getilgt werden. Wer also mit rückständiger Steuer der unter Umständen zu einem hohen Vielfachen sich erheben will, zahlte schnell, jedenfalls aber bis spätestens 25. d. M. Die nach den alten Bestimmungen vertriehenen Nachteile wegen verspäteter Zahlung hat er allerdings zu tragen.

— Fruchtanforderung für frisches Obst in Städtgutsbesitzungen. Mit Gültigkeit vom 16. Oktober 1923 bis auf jederzeitigen Widerruf, längstens bis 31. Dezember 1923 tritt für frisches Obst (ausgenommen Südfrüchte und Weintrauben) bei Auflieferung als Stückgut im Verkehr der deutschen Reichsbahnstationen untereinander ein neuer Ausnahmetarif 14a in Kraft. Er gewährt etwa eine Ermäßigung um 33% Prozent gegenüber den bisherigen Frachttarifen. — Die Telegramm- und Telefongebühren. Im Telegrafenvorkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 20. Oktober an für Ferntelegramme: Grundgebühr 30 Millionen und außerdem für jedes Wort 40 Millionen; für Ortstelegramme: Grundgebühr 40 Millionen und außerdem für jedes Wort 20 Millionen. Die Telefongebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt 50 Millionen. Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angerechnet in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 20 Ortsgespräche, bis 1000 Hauptanschlüssen 30 Ortsgespräche, bis 10 000 Hauptanschlüssen 40 Ortsgespräche, mit mehr als 10 000 Hauptanschlüssen 50 Ortsgespräche. — Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschließlich 50 Millionen, bis 15 Km. 100 Mill., bis 25 Km. 150 Mill., bis 50 Km. 300 Mill., bis 100 Km. 450 Mill., darüber für jede angefangene 100 Km. 150 Mill. mehr. Für dringende Gespräche des Dreifache, für Blitzgespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. Vortagsanmeldung 50 Mill., Ausnahmungsgebühr 50 Mill., Streichungsgebühr für Gespräche 50 Mill., Unfallmeldegebühr 300 Mill.

ep. Kaiser. Die Vereinigung evang. Frauenvereine Deutschlands, die zwei Millionen deutsche Frauen vereint, hat soden einen dringenden Ruf an die deutschen Frauen, die Reichsregierung und die Frauen des neutralen Auslands erlassen, worin sie bitten für die Befreiung der 20 000 in französischen Gefängnissen schmachtenden Kriegsgefangenen und für die Heimkehr der Hunderttausende von Vertriebenen aus dem besetzten Gebiet aufs entschiedenste einzutreten.

Verdreifachte Bierpreise. Die württ. Brauereien haben ab 23. Okt. folgende Bierpreise festgesetzt: 10-prozentiges Lagerbier das Glas zu 0,3 Liter 180 Millionen, Flaschenbier die Flasche zu 0,5 Liter im Bierverkauf über die Straße 820 Mill. Spezialbier das Glas zu 0,3 Lit. 600 Mill., die Flasche zu 0,5 Lit. im Bierverkauf über die Straße 1250 Mill. M.

Verband von Milchzeugnissen. Nach Verfügung des Ernährungsministeriums bedarf jeder Verband von Käse oder Art, Butter, Butterfett, Kondensmilch und Trockenmilch mittels Bahn, Post, Kasse oder als Gepäck der Genehmigung der Landesverordnungsstelle. Einer solchen Genehmigung bedarf es nicht: 1. zum Verband durch den Verarbeitungsbetrieb an seine Milchlieferer, 2. zur Beförderung mittels Post, Kasse oder als Gepäck innerhalb Württembergs bis zur Höchstgrenze im Bruttogewicht bei Butter und Butterfett von 5 Pfd., bei sonstigen Milchzeugnissen von 3 Pfd. und bei Bechlässe nach Camembertart von 2 Pfd.

Gutscheine der Reichsbahndirektion Stuttgart. Die Reichsbahndirektion Stuttgart gibt zur weiteren Behebung der Zahlungsmittelknappheit außer den Gutscheinen zu 1 und 5 Millionen drei weitere Gutscheine zu 50 Millionen, 1 Milliarde und 20 Milliarden M., aus, bei denen bezüglich der Einlösung die gleichen Bestimmungen wie bei den Gutscheinen zu 5 Millionen gelten. Auch diese Gutscheine werden als vollständige Zahlungsmittel an allen Eisenbahn- und Poststellen in Zahlung genommen.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Nach den Berichten der württembergischen Arbeitsnachweise hat die Lage des Arbeitsmarktes im Laufe der letzten Monate infolge der fortschreitend ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Industrie- und Gewerbebezügen eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Stärker als in der Zahl der Erwerbslosen äußert sich der Rückgang in den Arbeitszeitverkürzungen. Fast alle Betriebe, die keine Auftragsaufträge haben, arbeiten nur an 4, 3 oder 2 Tagen in der Woche. Entlassungen wurden zwar bisher im allgemeinen noch nach Möglichkeit vermieden; sie nahmen jedoch in letzter Zeit zu. Auch die Anforderungen von Arbeitskräften für die Landwirtschaft gingen erheblich zurück. Selbst bei der Vermittlung von weiblichen Hausangestellten macht sich ein Umschwung bemerkbar. Die Zahl der vollunterstützten Erwerbslosen betrug am 15. September ca. 3800, am 1. Oktober bereits mehr als 5000 gegenüber ca. 100 am 1. Oktober des Vorjahres.

Regard, 23. Okt. (Vortrag.) Am Samstag Abend sprach in einer von der Bürgerpartei in den Traubensaal einberufenen Versammlung Landtagsabgeordneter Piller aus Stuttgart über die Steuererleichterung im Reich und in den Ländern. Der Redner führte zunächst aus, daß die Sozialdemokratie durch die Revolution bessere Zeiten herbeiführen, größere Freiheit und Frieden schaffen wolle. Wo aber sei Freiheit und Friede? Ein Sklavensollen sein wie dadurch geworden, ohne Freiheit, ohne Frieden, ohne Brot! Man wolle Steuern zahlen zum Schwarzwerden und viele Existenzen seien durch die hohen Steuern gefährdet, besonders mittlerer und kleinerer Betriebe. Ohne Kapital gebe es keine Produktion. Werden die Sachwerte zu sehr erfaßt, so leide die Produktion durch die Erdrückung der Betriebe, leider vor allem aber die Arbeiter. Der deutsche Arbeiter müsse endlich einsehen, daß ihn eine größere Interessengemeinschaft mit seinem Arbeitgeber, als mit dem französischen und englischen Arbeiter verbinde. Man sehe ja heute, wie wenig sich der ausländische Arbeiter um die deutschen Arbeiter kümmere. Die Erzberger'sche Zentralisation in Steuerfragen habe sich als ein großer Fehler erwiesen. Aus Sparen wolle man im Staat nicht hin. Immer weitere Steuern kommen, der Steuerdruck werde immer größer. Solange der Staat nicht anfangen zu sparen, so lange werde es nicht besser. Auf die Beamten zu schimpfen, habe dabei aber keinen Sinn; die Verschwendung sei schuld und das Volk sei mitschuldig. Wollte man eine andere Gesetzgebung, so müsse man anders wählen, oder auch im Innern zusammenhalten; die Front müsse nach außen geehrt sein. Erst wenn diese Front hergestellt sei, werde es besser.

Neuenbürg, 20. Okt. (In den Ruhestand.) Nach etwa 25jähriger Tätigkeit beim hiesigen Postamt und 53jähriger Ausbildung des Berufs als Postbeamter verließ Oberpostmeister a. D. B. a. g. unsere Stadt, um in Heilbronn seinen Ruhestand zu nehmen. Ein Beamter vom alten Schlage hat er stets pflichtgetreu seines Amtes gewaltet; dabei war er bemüht, den Bezirksinteressen weitgehend Rechnung zu tragen, was in den beteiligten Kreisen von Gewerbe, Handel und Industrie dankbar empfunden wurde.

Göfen, 22. Okt. (Wohltätigkeit.) Am Kirchweihsonntag Abend zwischen 1/2 und 8 Uhr kam es hier vor dem Gasthof 3. Oshen zu einer bösen Schlägerei und Messerschere. 10-12 betrunkenen Durstigen im Alter von 17-22 Jahren zwangeln dort im Hauch einen fremden Herrn an und schlugen ihn ins Gesicht, daß das Blut floß. Als sie ihn mit dem Messer bedrohten, mußte er flüchten. Nach ihm wurden weitere harmlose Passanten angegriffen, m. a. w. und z. T. schwer verletzt. Ein junger Herr aus Widdach erhielt 7 Messerschne in den Kopf, sodas an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Wundärzte aus Neuenbürg mußten eingreifen und für Ruhe und Ordnung sorgen. Die Haupttäter sind festgesetzt.

Schoppsch, 22. Okt. (Ueberfall.) Unsere feindliche Bauernwirtschaft wurde in der letzten Woche wiederholt von ungenutzten Elementen belästigt. Nachdem erst am Montag

schlechte Wagenleute eine wüste Affäre hier verurteilt, wurden in der Nacht von Samstag auf Sonntag auf die hiesige Polizei, Ernst Faltz, bei seinem nächtlichen Dienstgang am Ortsrand von zwei Unbekannten 3 Revolverkugeln aus aller nächster Nähe gefeuert. Sein durchschossenes Waffengewehr zeigt dafür, daß er es nur der gnädigen Vernehmung eines kleinen Fleckchens zu danken hat, daß er nicht mit einem Bauchschuß liegen blieb.

Stuttgart, 23. Okt. (Reise des Staatspräsidenten nach München.) Staatspräsident Dr. Sieber ist Dienstag mittag nach München gefahren und wird von dort nach Berlin weiterreisen, um an der außerordentlichen Sitzung des Reichsrats teilzunehmen, die sich mit der bayerischen Angelegenheit befassen wird.

Gehaltszahlung an die Beamten. Den Reichsbeamten ist für das 3. Oktoberviertel eine weitere Gehaltszahlung bewilligt worden. Nach dem Beschluß des Finanzausschusses des Landtags ist die gleiche Zahlung auch den württ. Beamten zu gewähren: 55 Prozent der nach der zweiten Bekanntmachung vom 20. Oktober für das 3. Monatsviertel festgesetzten Beträge.

Eine abgewiesene Beschwerde. Der Antrag der Stadtgenossenschaft Stuttgart auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Verordnung des Staatsministeriums über einige Änderungen der Maßstabsgrößen zwischen Stuttgart und Eßlingen (namentlich bei Weiler Brühl) vom 12. Mai ds. Jrs. ist vom Staatsministerium als nicht zulässig, übrigens auch sachlich nicht begründet abgewiesen worden.

Der Landesindustrietarif. Bei den Verhandlungen waren sich die Tarifparteien darüber einig, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine endgültige Vereinbarung über die Gehälter für die laufende Woche nicht getroffen werden könnte. Die Arbeitgeberverbände werden die Betriebe anweisen, am Mittwoch oder am Donnerstag einen Vorstoß in der Höhe des 1,5-fachen Bruttolohns der Vorwoche, einschließlich der Verheiratenzulage, aufgerundet auf volle Milliarden, zu zahlen.

Die neuen Brotpreise. Ab Dienstag gelten folgende Preise: 1 Kilo Weizenbrot 680 (bisher 380) Millionen M., 1 Kilo Schwarzbrot 800 (450) Millionen M., Weißbrot 1000 (570) Millionen M., 1 Brötchen 50 (30) Millionen M.

Zeitungsarbeiten. Das „Lehrerheim“, eine seit 38 Jahren von den Lehrervereinen unabhängig vom Verlag Robert Zug herausgegebene freie württembergische Lehrzeitung, wird nicht mehr erscheinen. Begründet von den Lehrern F. Wint und K. Schmidt, dem späteren Schriftleiter des „Vorbachlers“, fand das Blatt später längere Zeit unter dem Einfluss Böckners. Die rüch gestiegenen Herstellungskosten gestatten nicht mehr, das Blatt weiterzuführen.

Eßlingen, 23. Okt. (Entdeckung eines kommunistischen Sprengstofflagers.) Die Polizeidirektion Eßlingen hat in Sulzgraben in einem Hause ein größeres kommunistisches Munitions- und Sprengstofflager ausgehoben. Es wurden größere Mengen Sprengstoff und viele Handgranaten gefunden. Der Sprengstoff stammt aus einer Mansfelder Fabrik; die Handgranaten wurden im Hause selbst angefertigt bzw. zusammengesetzt. Der Hauptverdächtige ist flüchtig.

Vietigheim, 23. Okt. (Zwischenfälle.) Am Sonntag haben sich bedauerliche Vorgänge abgespielt. Bei einer Uebung der „Hismarckjugend“ kam es zu einem schweren Zusammenstoß mit Kommunisten und zu einer erbitterten Schlägerei, in der ziemlich viel Blut geflossen zu sein scheint und einzelne Teilnehmer sogar in die Entz genossen worden sein sollen. Es mußte aus Ludwigsburg Schuppalizei herbeigeholt werden.

Heilbronn, 23. Okt. (Verhaftungen.) Auch hier wurden die Kommunisten Reinhardt, Gewerkschaftssekretär, Bollner, Kassler der Jahreshilfe der Metallarbeiter, und der Silberarbeiter Mai von Böckingen, verhaftet. Der Metallarbeiterverband und die einzelnen Mitglieder des Gewerkschaftsvorstandes haben sofort unter Verbindungnahme mit Stuttgart und den hiesigen Behörden auf die Freilassung der in Schachhaft Genommenen hingearbeitet.

Ulm, 23. Okt. (Kommunistenverhaftungen.) Am Samstag haben auch hier Kommunistenverhaftungen stattgefunden. Verhaftet wurden Dantel, Stern und andere.

Sadnang, 22. Okt. (Wilderer.) Es gelang hier einen alten Wilderer dingfest zu machen. Vom Forstpersonal wurde im Revier Reichenberg eine Rehfamilie vernichtet, die wohl von ihm ganz beseitigt wurde. Bei einer in seiner Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde eine frisch geschossene Rehgans gefunden sowie zwei Gewehre von Vassböden, die in der Schonzeit erlegt wurden.

Böckingen, 22. Okt. (Beschlagnahme.) Ein hiesiger Bäckermeister und Spezialehändler hatte seinen Kunden den Zucker vorenthalten, um diesen mit großem Gewinn später absetzen zu können. Nimmehr wurden ihm 15 Btr. Zucker beschlaggenommen.

Ludwigsbafen (Bodensee), 22. Okt. (Fraglich.) Die Privatlehrerin Karoline Schulz hatte einst bessere Tage gesehen und viele Reisen in der Welt gemacht. Nachdem ihre Ersparnisse zusammengeschnitten waren, wurde ihr von einer amerikanischen Dame eine Stelle als Reisebegleiterin nach der Schweiz und Italien angeboten. Sie lehnte aber mit dem Bemerkten ab, sie sei lange genug gereist und möchte jetzt einmal Ruhe haben. Als ihre Vermögen auf 50 Franken zusammengeschnitten war, suchte sie den Tod im Bodensee und bestimmte, daß dieser Betrag zur Bestattung der Begräbnislofen verwendet werde.

Mahnahmen der Regierung zur Beseitigung der Zahlungsmittelnot.

Berlin, 24. Okt. (Amst.) Die Ausgabe größerer Mengen werbefähiger Zahlungsmittel beginnt in den nächsten Tagen. Folgende Maßnahmen sind ergriffen:

1. Stücke der Goldanleihe sind ununterbrochen gedruckt worden, bis vor einiger Zeit aber hauptsächlich größere Stücke zur Befriedigung der Zeichnungen. Stücke über 1, 2 und 5 Dollar werden in dieser Woche in größerer Anzahl zur Verfügung stehen. In der andern Woche werden täglich etwa für 8 Millionen Goldmark Goldanleihestücke ausgegeben werden.

2. Um schon in wenigen Tagen Zahlungsmittel auch über kleinere Beträge in den Verkehr zu bringen, ist die sofortige Herstellung von Zwischenscheinen der Goldanleihe beschlossen worden, die über ein zehntel, ein vierstel und ein halb Dollar lauten werden. Der Druck hat bereits begonnen.

3. Industriellen Werken, die eine für werbefähiges Geld geeignete Sicherheit bieten können, wird auf Antrag die Genehmigung zur Ausgabe werbefähiger Notgeldscheine erteilt, damit recht bald ein Teil der Löhne werbefähig bezahlt werden kann.

4. Die Arbeiten für den Druck der Rentenmarktscheine erleiden durch die gesch. lerten Maßnahmen keine Unterbrechung, sondern werden mit der gleichen äußersten Beschleunigung wie bisher fortgesetzt.

Berlin, den 23. Oktober 1923.

Der Reichskanzler: (gez.) Dr. Stresemann.

Der Reichsfinanzminister: (gez.) Dr. Luther.

Der Reichswirtschaftsminister: (gez.) Köhler.

Handel und Verkehr.

Dollarstand am 23. Oktober:

Berlin 55 860 000 000 G. 56 140 000 000 Br.

1 Goldmark = 13,323 (5,5238) Milliarden Papiermark

Amst. Berliner Zehnfachkurse vom Dienstag, 23. Okt.:

Amsterdam	21 546 000 000 G.	21 654 000 000 Br.
Brüssel	2 713 200 000 G.	2 728 800 000 Br.
Christiania	8 478 750 000 G.	8 521 250 000 Br.
Kopenhagen	9 675 750 000 G.	9 724 250 000 Br.
Stockholm	14 583 500 000 G.	14 636 500 000 Br.
Italien	2 453 850 000 G.	2 486 150 000 Br.
London	249 375 000 000 G.	250 625 000 000 Br.
Paris	3 192 000 000 G.	3 208 000 000 Br.
Schweiz	9 875 250 000 G.	9 924 750 000 Br.
Spanien	7 381 500 000 G.	7 418 500 000 Br.
Deutsch-Österreich	778 050 G.	781 050 Br.
Prag	1 645 875 000 G.	1 654 125 000 Br.
Buenos Aires	17 950 000 000 G.	18 050 000 000 Br.
Goldanleihe	56 000 000 000.	
Dollarstand	58 000 000 000.	

Wirtschaftszahlen vom Dienstag:

Goldankaufspreis 1 Ag.	= 640 Dollar.
Silberankaufspreis	1 000 000 000fach.
Stuttgarter Index (22. Okt.)	2 592 848 453fach.
Personenverkehrsindex	600 Mill.
Güterverkehrsindex	1000 Millionen.
Geldumrechnungssatz f. Steuern (20.-23.)	936 Mill.
Buchhändlerbuchstempelzahl (ab 23. Okt.)	10 Milliarden.
Buchdruckerbuchstempelzahl (ab 20. Okt.)	300 Millionen.
Zeitungsanzeigenbuchstempelzahl (23. Okt.)	12 Millionen.

Goldmarkspareinsetzen. Um dem dringenden Bedürfnis werbefähiger Geldanlage weiter entgegenzukommen, haben die Stadt, Sparkasse und die Württ. Landesbank in Stuttgart den Goldmarkspareiverkehr aufgenommen. Er geht in der Weise vor sich, daß die in Papiermark erfolgende Spareinlage nach dem jeweiligen Kurs der werbefähigen Anleihe des Reichs (bzw. Goldanleihe) umgerechnet wird, und zwar in der Regel zu dem Kurs, der sich an dem der Einlage folgenden Börsentag ergibt. In ähnlicher Weise wird bei der Rückzahlung umgerechnet, die ebenfalls in Papiermark erfolgt. Die Einlagen müssen mindestens 1 Goldmark betragen und werden zu 3 Prozent verzinst.

Hohe Tabakpreise. In Dossenheim bei Heidelberg wurden Tabakgruppen verworfen und zwar wurden für den Rentner 20-25 Milliarden bezahlt. Was werden erst die Sandblätter und dann erst der Tabak kosten, wenn schon für den Rentner Gruppen ein so hoher Preis bezahlt wird.

L.C. Stuttgart, 23. Okt. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugeführt: 27 Ochsen, 10 Bullen, 80 Jungbullen, 82 Jungriinder, 136 Kühe, 112 Kälber, 72 Schweine, 39 Schafe, 1 Pige. Für ein Pfund Lebendgewicht wurden erlöst, alles in Millionen M.: Ochsen erste Qualität 1,9-2, zweite 1,5 bis 1,8, Bullen erste 1,8-1,9, zweite 1,6-1,8, Jungriinder erste 1,9-2, zweite 1,75-1,9, dritte 1,4-1,7, Kühe erste 1,6-1,75, zweite 1,4-1,6, dritte 0,9-1,2, Kälber erste 2,2, zweite 1,9, dritte 1,6-1,8, Schweine erste 3,6-4, zweite 3,2-3,5, dritte 2,9-3,2, Hammel (geschl.) 2,5-3. Verkauf des Marktes: lebhaft, alles verkauft.

Stuttgarter Marktpreise vom 23. Okt. Auf dem mehr und mehr zusammenschrumpfenden Obstmarkt galten folgende Marktpreise (alles in Millionen M.): Apfel 160-200, Tafelapfel 300-500, Birnen 240-360, Spalterbirnen 360 bis 500, Quitten 240-280, Zwetschgen 240-340, Trauben 800-1000, Nüsse 600-800, Tomaten 200 bis 240. **Gemüsegroßmarkt:** Kraut 80-90, Rotkraut 160-200, Kohl 100-160, Weiße Rüben 100 bis 120, Spinat 160-200, Fenchel 160-200, das Pfd., Kopfsalat 20-30, Endivie 40-140.

Mannheimer Produktensbörse, 22. Okt. Die Stimmung war fest bei geringen Umsätzen. Die amtlich zermittelten Forderungen für 100 Kilo mit Saft bahnfrei Mannheim wurden wie folgt bekanntgegeben (alles in Millionen M.): Weizen 160-200, Braugerste 110-130, Haber 100-130, Weizenmehl Nr. 0 250 bis 300, Weizenkleie 40-50.



Letzte Nachrichten.

Die Aktion der Sonderbündler.

In Bonn wurde der erste Angriff der Sonderbündler nachts 3.30 Uhr abgewiesen. Darauf fahren französische Truppen vor dem Rathaus auf, angeblich um nach Waffen zu suchen. Man drängen die Sonderbündler unter dem Schutze der Franzosen wieder vor, in das Rathaus ein und tiefen gegen 6 Uhr morgens die Rhein-Republik aus.

In Trier haben die Sonderbündler in letzter Nacht ebenfalls die öffentlichen Gebäude besetzt und die Rheinische Republik ausgerufen.

In Koblenz wurde die Rheinische Republik ebenfalls ausgerufen. Es gelang aber bald die Sonderbündler wieder zu vertreiben. Bei den Kämpfen wurden mehrere Personen getötet, darunter der separatistische Bürgermeister von Müschens-Bladbach.

In Mainz sind die meisten öffentlichen Gebäude in den Händen der Sonderbündler. Es kam zu ersten Prügeleien und Schießereien. Es herrscht große Aufregung. Angelegene Plakate verkünden, daß die Rheinische Republik ausgerufen sei. Die Geschäfte haben geschlossen. Das ganze Wirtschaftslieben steht still. In den Kreisen der Arbeiterschaft ist man zum äußersten Widerstand entschlossen.

In Saarburg wurde ebenfalls die Rheinische Republik ausgerufen.

In Wiesbaden wurde als Protest gegen den Handstreich der Dortenpartei seitens der Gewerkschaften ein Generalstreik proklamiert. Starke französische Patrouillen durchziehen die Stadt.

In Kassel ist es gelungen, fast alle von den Sonderbündlern besetzten Gebäude in deutsche Hand zu bekommen. Die Sonderbündler schickten, einzelne wurden gefangen genommen. Die Belgier verhielten sich völlig neutral.

23. Okt. Eine Gegendemonstration der Bevölkerung gegen die Separatisten feierte gestern Abend ein. Heute Morgen gegen 10 Uhr bewegte sich eine unüberschaubare Menschenmenge durch das Zentrum der Stadt. Man holte die Separatistenfahnen von den Gebäuden der Reichsbank und der Bank von Wilsch herunter. Die Sonderbündler setzten zum Gegenangriff ein, durchfuhren in Autos die Straßen und schossen auf die Bevölkerung, die ihren Augen wehrlos ausgeliefert war. Bis 11 Uhr zählte man etwa 25 verwundete Zivilisten. Darauf rückte die Schutzpolizei aus, der man aber verbieten hatte, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Sie mußte auf Befehl der Belgier die Ordnung wiederherstellen. Die Stadt ist von den Sonderbündlern wieder frei. Dem Führer der Sonderbündler, Möbelhändler Willensien, hat die erregte Menge sein ganzes Möbellager auf die Straße geworfen.

In München-Bladbach wurde die Herrschaft der Sonderbündler nach einseitiger Dauer gestürzt und ihre Führer verprügelt. Auch hier verhielten sich die Belgier völlig neutral.

In Jülich ist der Herrschaft der Sonderbündler ein rasches Ende bereitet worden. Männer und Frauen säumten das Rathaus und schlugen sie blutig zur Stadt hinaus.

23. Okt. Die politischen Parteien erlassen einen Aufruf zur Einigkeit gegenüber dem Treiben der Sonderbündler, die in verdröcklicher Weise das Unglück unseres Volkes vermehren.

Die Reichswehr in Dresden eingerückt.

23. Okt. Die Berliner Sozialzeiter aus Dresden meldet, ist heute früh die Reichswehr mit klingendem Spiel in die Stadt eingerückt, und zwar Infanterie, Kavallerie, Artillerie- und Radfahrereinheiten. General Müller nahm die Parade ab. Der Einzug vollzog sich ohne Zwischenfall. In Pirna dagegen kam es heute Vormittag zu ähnlichen Zusammenstößen wie in Reichen. Es wurde auf die einrückenden Truppen geschossen, die das Feuer erwiderten. Ein Gewerkschafter wurde dabei getötet, mehrere verwundet. Zur Zeit herrscht wieder Ruhe in der Stadt. Auf den Straßen patrouilliert Reichswehr. Den Einwohnern wurde befohlen, Fenster und Türen zu schließen.

24. Okt. Die Truppen des Generals Felsch sind gestern bis Grimma-Nieder-Zedlitz und Potschappel und mit Kavallerie bis weißlich Wildbuck und südlich Tharandt vorgezogen. Die Truppen des Generals von Lebedow haben die Gegend Grimma-Daußig-Dorlas und die des Obersten Röhrenbach Ostlich bei Plauen erreicht. Beim Einmarsch des zu den Truppen des Generals Felsch gehörenden 2. Bataillons des Infanterieregiments 10 in Grimma kam es zu einem Zusammenstoß mit einer johlenden, meist aus radikaler Jugend bestehenden Menge, die der Truppe den Weg versperre und trotz mehrfacher Aufforderung nicht auseinanderging. Die Reichswehr machte von ihrer Schusswaffe Gebrauch. Obwohl sie gleichzeitig aus einem Hause beschossen wurde, hatte sie keine Verluste. Von den Aufständischen wurde einer erschossen und zwei verletzt. Die Ordnung wurde wieder hergestellt.

Die gestern durch Dresden marschierenden preussischen und sächsischen Truppen — 4 Bataillone, 1 Eskadron und 5 Batterien — wurden bei ihrem Vorbeimarsch vor General Müller freudig begrüßt. Erste Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen. Wie notwendig es war, im Südwesten Sachsens mit Reichswehr Ordnung zu schaffen, zeigen nachfolgende Tatsachen: In Annaberg hielt seit vorgestern Abend eine 5-6000 Köpfe starke Menge das Rathaus besetzt. In Chemnitz fanden vorgestern trotz des Ausnahmezustandes große Demonstrationen statt, die bis in die Nacht andauerten.

Kommunistische Umtriebe.

23. Okt. Hamburg, 23. Okt. Es haben sich heftige Kämpfe um die Wache 42 in Comsbüttel entwickelt. Die Kämpfer schossen aus den Häusern und von den Dächern. Erneute Angriffe erfolgten auf die Wachen 36 und 39. Auf beiden Seiten gab es Verwundete und Tote. Die Scharungaktion wird fortgesetzt.

23. Okt. Mitten, 23. Okt. Hier versuchten bewaffnete Truppen in den Morgenstunden einige Polizeireviere zu säumen. Die Angestellte wurden im Raum erstickt.

23. Okt. Wandsbek, 23. Okt. Heute früh wurde hier die Polizeiwache gestürmt. Die Wache ist wieder in den Händen der Polizei. Ein Arbeiter wurde getötet, einer verwundet.

24. Okt. Hamburg, 24. Okt. Die gestrigen Kämpfe gegen die kommunistischen Aufständischen haben, soweit bis jetzt bekannt, 7 Polizeibeamten das Leben gekostet. 19 Polizeibeamte sind schwer verwundet. Die Zahl der Reichswehrverletzten steht noch nicht fest. Auch die Kämpfer hatten schwere Verluste. Dank der Aufopferung der Ordnungspolizei ist es gelungen, einen groß angelegten kommunistischen Aufstand niederzuschlagen. Die Polizei beherrscht die Lage vollständig.

Gegen Mitternacht werden der Kreuzer „Hamburg“ und eine Torpedobootflottille im Hafen eintraffen.

Dr. von Hieber in München.

24. Okt. Der Bartenbergische Staatspräsident Dr. von Hieber ist gestern Nachmittag in München eingetroffen und hat den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Railling besucht. Er reiste abends 9 Uhr nach Berlin weiter.

Druck und Verlag der B. Nieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Gegen Naturalien

(Getreide, Kartoffeln, Butter, Eier oder Obst etc.)

Lesen wir unsere Zeitung für die Monate
November und Dezember.

Bestellungen wollen in der Geschäftsstelle unseres Blattes gemacht werden.

Ämliche Bekanntmachungen.

Betr. Zuckerabgabe.

Der Zucker für den Monat September wird morgen ausgegeben. Der Preis des Zuckers ist: 1 Mark beträgt unter Anrechnung der bereits gemachten Anzahlung von RM. 16 000 000.— noch
RM. 180 000 000.— per Karte A 750 Gr. für Weißzucker
190 000 000.— „ „ „ „ Sandzucker
190 000 000.— „ „ „ „ Quinzucker
190 000 000.— „ „ „ „ Würfelzucker
Ausgegeben werden 750 Gr. Zucker auf die Person gegen Abgabe der Zuckermarke Nr. 12. Der Zucker muß von dem Verbraucher bis zum 29. d. Mts. abgeholt werden.
Zuckermarken, welche bis zum 31. d. Mts. nicht eingelöst sind, verlieren ihre Gültigkeit.
Nagold, den 23. Okt. 1923. Oberamt: Müng.

Octalöhne.

Um das Verfahren bei Festsetzung der Octalöhne zu vereinfachen und zu verbilligen, werden diese vom Montag, den 22. Okt. 1923 ab bis auf weiteres folgendermaßen festgesetzt:
Als Grundbeträge dienen nachstehende Lohnsätze:

Lohngruppe	für Verheiratete:		für Unverheiratete:	
	unter 16 Jahr.	von 16 bis zu 21 J.	über 21 Jahre	über 21 Jahre
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
I	1.50	1.00	2.50	1.50
II	1.20	0.80	2.00	1.20
III	1.00	0.70	1.50	1.00
			2.40	1.50

Diese Grundbeträge werden mit der jeweils im Staatsanzeiger zur Veröffentlichung gelangenden Reichsreichsgröße der Lebenshaltungskosten vervielfacht. Die sich ergebenden Zahlen werden nötigenfalls auf volle Millionen aufgerundet, bei Teilzahlen von 500 000 RM. und mehr auf volle Millionen abgerundet bei Teilzahlen unter 500 000.

Die neuen Octalöhne treten jeweils am Montag der Woche in Kraft, in der die betreffende Reichsreichsgröße im Staatsanzeiger veröffentlicht wird. Sie werden im Amtsblatt des Ministeriums des Innern bis auf weiteres nicht mehr bekanntgemacht, jedoch aus der würt. Anzeigenzeitung zu erseden sein.
Nagold, den 12. Okt. 1923. Versicherungsamt: Müng.

Beuren.

Langholz = Verkauf.



Die Gemeinde bringt am Samstag, den 27. d. M., vormittags 9 Uhr auf dem Rathaus ca. 16 Fhm. Langholz im öffentlichen Aufsteig zum Verkauf. Gemeinderat.

Zum

Berjand

empfiehlt

Frachtbriefe
Begleitadressen
Anhängeadressen
Luftlebadressen
Packpapiere
Weißeinwickelpapier
Pergament-Ersatz
Echt Pergament

die

B. Nieker'sche Buch-
Mittelsieg.

Allgem. Ortskrankenkasse f. d. O. U. Bez. Nagold.

Ab 22. 10. 1923 wird die bisherige Stufenreihung folgendermaßen ergänzt:

Stufe	Bei einem Verd. pro:		ergibt sich ein:			Juvul.-Verf. ab 22. 10. 23.		
	Stunde bis zu	Arbeits- tag bis zu	Grund- lohn	Tages- beitrug	Wochen- beitrug	Klass.	Wochen- verdienst bis zu	Wochen- beitrug
77	255	2041	1600	120	840			
78	298	2391	1900	142,5	997,5	44	11 666	190
79	350	2800	2200	165	1155	45	16 333	250
80	408	3268	2600	195	1365	46	23 333	360
81	473	3791	3000	225	1575	47	35 000	520
82	546	4375	3500	262,5	1837,5	48	46 666	740
83	627	5016	4000	300	2100	49	58 333	940
84	714	5716	4600	345	2415	50	mehr	1160
85	816	6533	5200	390	2730			
86	947	7583	6000	450	3150			
87	1093	8750	7000	525	3675			
88	bei mehr		8000	600	4200			

NB. I = 1 Million Mark.

Nagold, den 23. 10. 23.

Vors. des Vorstands:
(92) J. G.

Berwalter:
(92) C. G.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:

Thomasmehl in 1 1/2 Zentner - Füllsäcken zu 6 Goldmark pro Zentner.

Rhenianphosphat in 1 1/2 Zentner - Füllsäcken zu 7,2 Goldmark pro Zentner.

Ausgabe gegen bar oder Tausch gegen Kartoffeln oder Getreide und zwar:

1 Zentner Thomasmehl gegen 2 Zentner Kartoffeln bzw. 60 Pfd. Weizen, 70 Pfd. Roggen oder 1 Zentner Hafer.

1 Zentner Rhenianphosphat gegen 2,4 Zentner Kartoffeln bzw. 70 Pfund Weizen, 85 Pfund Roggen oder 1,2 Zentner Hafer.

Ferner ist auf Lager:

Kalifalz 41 Prozent., Koch- und Viehsalz, Raimit, Hafer.

Ausgabe Mittwoch und Samstag.

Die Geschäftsstelle.

Altensteig.

Für Touristen und Jäger empfehle ich

Rucksäcke in reicher Auswahl

Thermosflaschen, Aluminiumkochgeschirre,

Kochapparate, Taschenessbestecke,

Mars-Bildergamischen, Strumpfgamischen,

Spazierstöcke, Taschenmesser, Feldflaschen

und sonstige Wanderausrüstungs-Gegenstände.

Lorenz Luz jr., Telefon 46.

Supperate haben in unserer Schwarzwälder Tegel- gelung „Auf den Tannen“ besten Erfolg

